

## 60 Jahre NATO – es gibt nichts zu feiern

# Die NATO ist eine Kriegsmaschine

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer ist aus dem «westlichen Verteidigungsbündnis» ein waffenstarreres Kriegsverbündnis geworden, das in bester Kolonialtradition das Streben der reichen Industrieländer nach Weltherrschaft militärisch durchsetzen soll.

Ob Fischerboote vor den Küsten Somalias vertrieben werden, damit große Fangflotten ihre Bestände plündern können; ob Besatzungstruppen auf dem Balkan völkerrechtswidrig Staaten zerstören und neue aufbauen und deren Grenzen bewachen; ob Interpol und die Weltzollorganisation zusammenarbeiten, um die Bewegungen von Menschen und Waren im Schwarzmeerraum zu kontrollieren; ob Staaten wie Georgien oder Usbekistan ausgehalten werden, um den Zugang zu zentralasiatischem Öl zu erzwingen; ob Kriegsschiffe die Weltmeere durchpflügen und sich anmaßen, jedes Schiff anzuhalten, das ihnen verdächtig vorkommt – immer geht es um die Kontrolle der weltweiten Ressourcen und der Handelswege und damit die Herstellung der globalen Weltherrschaft der reichen Industrieländer. Die NATO ist dafür ihr gemeinsamer militärischer Arm.

Wenn Somalia wirtschaftlich einen eigenen Weg gehen will, wenn Jugoslawien sich nach 1989 der Orientierung auf die EU widersetzt, wenn der Irak an der Kontrolle über sein Öl festhalten will (das neue Ölgesetz wurde in Washington geschrieben!) oder wenn sich der Iran und Syrien den strategischen Plänen zur Beherrschung der Ressourcen des Nahen und Mittleren Ostens durch den Westen widersetzen, werden sie wahlweise als «terroristisch», als feindselig, oder als «gescheiterte Staaten» behandelt, deren Bevölkerungen keine eigenen Rechte haben, sondern die – zur «Sicherheit des Westens» – unter Kuratel gestellt werden müssen.

Mit der Arroganz des Reichen und Mächtigen behauptet dieser Westen, er verkörpere den Fortschritt der Menschheit – Wohlstand, Freiheit und Demokratie. Alle, die nicht bereit sind sich unterzuordnen, sind Barbaren.

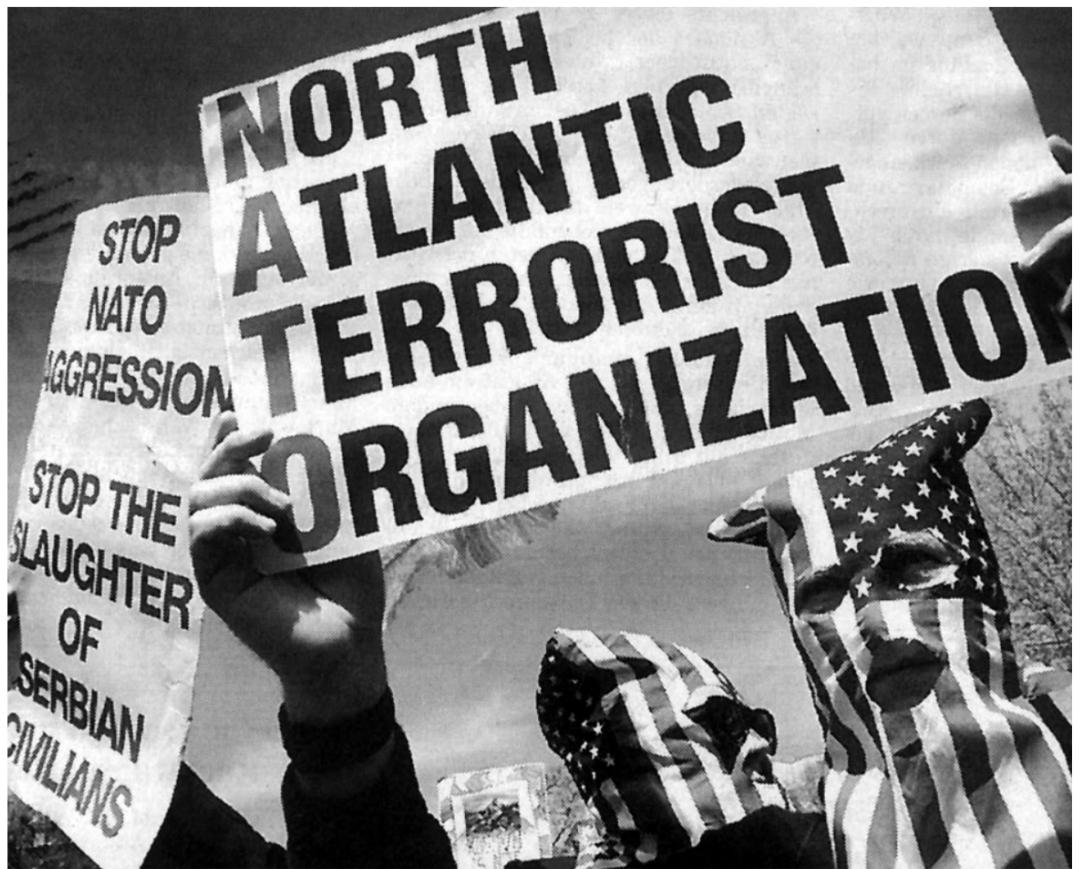
Im Namen der westlichen Werte oder des christlichen Abendlands werden Städte bombardiert, wird Staaten wirtschaftlich und administrativ die Existenzgrundlage entzogen, werden Menschen ohne Gerichtsverfahren gefoltert, werden die korruptesten Regime an die Macht gebracht und dort gehalten, werden blutige Stellvertreterkriege angezettelt, werden mit Boykotten und Sanktionen Wirtschaftskriege geführt.

So wiederholt sich heute die Situation, die vor 100 Jahren zum Ersten Weltkrieg geführt hat: Damals ging es um die Rivalität der großen Mächte Frankreich, Großbritannien und Deutschland in der Kontrolle über die Kolonien – es ging um die Aufteilung der Welt und für Deutschland um «den Platz an der Sonne» – und schon damals ging es um Öl. Dieser Streit hat die Welt in Schutt und Asche gelegt und die Saat der Barbarei gesät, die das 20. Jahrhundert geprägt hat.

Wollen wir das wieder?

Karl Liebknecht schrieb damals in seiner Schrift *Militarismus und Antimilitarismus*, für die er 18 Monate ins Gefängnis kam: «Wir wissen, dass diese Spannung eine notwendige Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz Englands und Deutschlands auf dem Weltmarkt ist, also eine direkte Folge der zügellosen kapitalistischen Entwicklung und internationalen Konkurrenz.»

Heute ist es die Konkurrenz mit Russland und China, die den Weltfrieden bedroht. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Konkurrenz verschärft: sie wird ausgetragen um die Kontrolle der Pipelines und macht sich u. a. fest



am Streit über den Weltmarktpreis, die Wechselkurse und natürlich um die «Menschenrechte» (Tibet!). In den Kongo hat die Bundeswehr die Truppe angeblich gesandt, um «freie Wahlen abzusichern». In Paris war die Regierung ehrlicher, dort hat sie gesagt: «Wir können Afrika nicht China und den USA überlassen!»

Noch ist es ein Wirtschaftskrieg und ein ideologischer Krieg um die Köpfe der Menschen. Aber die militärische Hochrüstung wird auf Hochtouren betrieben. Wenn der NATO-Gipfel Anfang April zusammenkommt, wird er sich voraussichtlich über das sog. Naumann-Papier verständigen, das eine of-

fensive Energiepolitik der NATO und den Ersteininsatz von Atomwaffen vorsieht. Der Militärhaushalt in Deutschland steigt in diesem Jahr um fast 2 Milliarden, der für Polizei und Geheimdienste nochmal um eine halbe Million.

Kinder kommen morgens ohne Frühstück zur Schule, aber die Re-

gierung steckt die öffentlichen Mittel in Panzer, Hubschrauber und Militärtransporter, um sich einen Rohstoff zu sichern, den sie schon lange nicht mehr verbrennen darf! Was könnte die Verantwortungslosigkeit der Regierenden deutlicher zeigen als diese Absurdität? ★

### Es schiebt sich etwas zusammen Anfang April:

- am 2. 4. findet der nächste Finanzgipfel in London statt (G20),
  - am 3. 4. steigt abends die große Gala der NATO-Regierungschefs in Baden-Baden,
  - am 4. 4. wird in Straßburg der 60. Geburtstag der NATO gefeiert.
- Krise und Hochrüstung stehen auch im Mittelpunkt der Gegenmobilisierungen der sozialen Bewegungen und der Linken (siehe unten).

### 6./7.2. - München

«NATO abschaffen».

Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

■ Freitag, 17 Uhr, Protestkundgebung auf dem Marienplatz

■ Samstag 13–17 Uhr, Demo Marienplatz–Odeonsplatz.

### 1.–5.4. - Straßburg

«No to War – No to NATO»

60 Jahre NATO – Kein Grund zum Feiern!

Internationale Großdemonstration am 4. 4., 13 Uhr

Internationalen Konferenz vom 2. bis 5. 4.

Internationales Widerstandscamp vom 1. bis 5. 4.

Infos: **Nationale und internationale Koordination**

[www.no-to-nato.org](http://www.no-to-nato.org)

### 28.3.

Berlin

Frankfurt a. M.

Großdemos:

«Wir zahlen nicht für eure Krise»

<http://kapitalismuskrise.org>

Weder NATO noch EU-Armee

# Abrüstung heißt das Gebot der Stunde



ANDREJ HUNKO

**Das Verhältnis zwischen NATO und EU wird seit dem Ende des Kalten Krieges immer wieder lebhaft und kontrovers diskutiert – impliziert es doch immer auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen den USA und Europa.**

Im Jahre 2003, als Deutschland und Frankreich zumindest auf diplomatisch-politischer Ebene die Unterstützung für den Irakkrieg verweigerten und Rumsfeld die Begriffe «Altes» und «Neues» Europa prägte, erreichte das Auseinanderdriften zwischen einer US-geführten NATO und dem «alten Europa» unter deutsch-französischer Führung zweifellos einen Höhepunkt.

Der neue US-Präsident Obama, der Lissabon-Vertrag und die Debatten im Europaparlament stellen jedoch andere Weichen. Sie signalisieren, dass sich auf absehbare Zeit die transatlantische Waffenbrüderschaft als dominante Tendenz durchsetzt wird.

Die EU besteht derzeit aus 27 Mitgliedstaaten, von denen 21 Mitglieder der NATO sind. Fünf weitere EU-Staaten – Finnland, Irland, Malta, Österreich und Schweden – sind Mitglieder der «Partnerschaft für den Frieden», einer Art militärischer Vorfeldorganisation der

NATO. Als einziges EU-Land ist Zypern weder Mitglied der NATO noch der PfP. Umgekehrt sind die europäischen NATO-Mitglieder Island und Norwegen keine Mitglieder der EU. Auch die EU als Ganzes ist kein Mitglied der NATO.

Wegen dieser unübersichtlichen Lage wachsen die Bestrebungen innerhalb der EU, eine institutionelle Verschränkung von EU und NATO voran zu treiben. Den weitestgehenden Versuch einer solchen Verschränkung stellt der Lisabon-Vertrag dar. Darin heißt es, «dass eine maßgeblichere Rolle der Union im Bereich von Sicherheit und Verteidigung im Einklang mit den sog. Berlin-plus-Vereinbarungen zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses beitragen wird» (Protokoll Nr. 10).

Ob diese enge Verzahnung von EU und NATO durchgesetzt werden kann, wird im Wesentlichen davon abhängen, ob die irische Bevölkerung dem Vertrag im Herbst zustimmt. Denn sie ist aufgerufen, ein zweites Mal darüber zu befinden.

Am 21. Januar 2009 wurde im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments der sog. «Vatanen-Bericht zur NATO-EU-Kooperation» angenommen. Dieser Bericht fordert eine noch stärkere Kooperation zwischen EU und NATO, begrüßt die Atomwaffen als «Garant unserer Sicherheit» und fordert die Einrichtung eines «Operationellen Hauptquartiers der EU». Im Ausschuss war die Zustimmung mit 37 zu 11 bei 17 Enthaltungen ungewöhnlich dürrig, doch drückt der Bericht die derzeitige Haupttendenz in der EU aus.

Ari Vatanen, ein ehemaliger Rallyefahrer und Mitglied der konservativen EVP-Fraktion, sagte, er strebe eine auf Atomwaffen gestützte, «internationale Armee»

an, die von einer «vollständig reformierten» UNO geführt wird.

Die Linksfraction im Europaparlament (GUE/NGL) brachte auf Initiative von Tobias Pflüger ein Minderheitenvotum ein, in dem u. a. die strikte Trennung von EU und NATO, die Abschaffung der Atomwaffen und die Auflösung der NATO gefordert wird.

Niemand ist gegenwärtig besser geeignet, eine verstärkte EU-NATO-Kooperation politisch zu fördern als der neue US-Präsident. Frei vom Makel des Kriegstreibers Bush, schwimmend auf einer Welle der Popularität, kann es Obama gelingen, die EU-Staaten zu einer stärkeren militärischen Teilhabe an gegenwärtigen oder neuen Kriegen zu bewegen – etwa in Afghanistan oder Pakistan.

Sein Bruch mit der Tradition der Bush-Regierung ist kein grundlegender Bruch mit dessen Kriegspolitik, sondern nur ein Bruch mit dem Unilateralismus. Eine von Obamas zentralen Forderungen ist die nach Aufstockung der Truppen in Afghanistan durch die Staaten der EU – Lastenteilung wird das verharmlosend genannt.

Der erste große europäische Auftritt von Obama wird auf dem NATO-Gipfel am 3./4. April in Straßburg erwartet. Für die Linke und die Antikriegsbewegung wird es entscheidend sein, den oben skizzierten Paradigmenwechsel angemessen zu vermitteln und sich klar sowohl gegen eine autonome EU-Militärpolitik als auch gegen ein gestärktes transatlantisches Kriegsverständnis zu positionieren.

Andrej Hunko

*Andrej Hunko ist Mitglied des Landesvorstands der LINKEN NRW und Mitarbeiter von Tobias Pflüger im Europaparlament.*

## NATO ABSCHAFFEN GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG IN MÜNCHEN

Freitag, 6. Februar 2009  
17 Uhr Marienplatz  
**Protestkundgebung**

Samstag, 7. Februar 2009  
13 Uhr Marienplatz  
**Großdemonstration**  
17 Uhr Odeonsplatz  
**Schlusskundgebung**

**Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz**  
Infos: [www.sicherheitskonferenz.de](http://www.sicherheitskonferenz.de), [www.muenchner-friedensbueundnis.de](http://www.muenchner-friedensbueundnis.de),  
[www.gegen-krieg-und-rassismus.de](http://www.gegen-krieg-und-rassismus.de), [www.no-nato.de](http://www.no-nato.de), [www.attac-muenchen.org](http://www.attac-muenchen.org)

V.S.G.P., Claus Schreyer, Johann von Werth-Strale 3, 80639 München, Druck: Utopieland Druck Götting

## Obamania Schönere Worte

Seine Antrittsrede begann Barack Obama mit dem Krieg: «Unsere Nation befindet sich im Krieg gegen ein weitreichendes Netzwerk von Gewalt und Hass.»

Daran ändert sich also nichts: Die USA führen Krieg, um ihre Führungsrolle in der Welt wiederherzustellen. George Bush ist an dieser Aufgabe gescheitert, weil er sie vorwiegend unter Einsatz militärischer Gewalt lösen wollte. Den Krieg im Irak und in Afghanistan hat er verloren. Unter seiner Führung hat Amerika – und mit ihm «der Westen» –, aber auch, was schwerer wiegt, die Idee der Freiheit verloren, denn er missbrauchte sie nur noch, um Unfreiheit zu verbreiten.

Obama ist angetreten, die führende Rolle der USA auf der Grundlage von «Freiheit und Democracy», Humanismus und Menschenrechten wiederherzustellen. Seine Rede ist explizit: «Erinnern wir uns daran, dass frühere Generationen Faschismus und Kommunismus nicht nur mit Raketen und Panzern besiegt haben, sondern mit starken Allianzen und ausdauernden Überzeugungen ... Unsere Sicherheit ruht auf der Gerechtigkeit unserer Ziele, auf der Kraft unseres

Vorbilds, auf Bescheidenheit und Zurückhaltung.»

Ohne das Versprechen, dass es den Völkern dieser Welt besser geht, wenn sie von den USA beherrscht werden, als wenn sie selbst über sich herrschen, können die USA (und der Westen) ihren Anspruch auf die Ressourcen des Planeten und die Festlegung der Weltordnung auf Dauer nicht durchsetzen. Es steht jedoch völlig in den Sternen, woher Obama die Mittel nehmen will, eine imperiale Weltordnung zu schaffen, bei der es auch dem amerikanischen Arbeiter und den Menschen in Indien und Brasilien, im Nahen Osten und in Afrika besser geht.

Die erste und naheliegende Folge von Obamas Rückkehr zu alten Werten ist deshalb nicht die Abrüstung, sondern die Lastenteilung: «Mit alten Freunden und früheren Feinden werden wir ruhelos daran arbeiten, die atomare Bedrohung zu reduzieren und die Gefahr der Klimaerwärmung zurückzudrängen.» Deutschland und die EU, aber auch einige asiatische Staaten, werden in die Pflicht genommen, als regionale Statthalter der USA zu handeln und an ihrer Stelle mit militärischer Gewalt die

Brandherde zu löschen, die vom globalen Kampf um die Ressourcen entfacht werden.

Das bedeutet nicht weniger Krieg und nicht weniger Gewalt, sondern eine andere Verteilung davon – zur Freude der Bundesregierung, der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie, die schon lange darauf aus sind, in aller Welt wieder Krieg führen zu können. Wir aber – die antiimperialistische und antimilitaristische Linke – wollen keine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, sondern sein Ende sowie eine gerechte Aufteilung der Ressourcen dieser Welt.

Für die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Führungsrolle der USA braucht Obama die Rückendeckung der amerikanischen Bürger. Aber die haben Sorgen und Nöte, die mit den imperialen Ambitionen in Konflikt geraten können. Hier liegt ein Potenzial für gesellschaftliche Kämpfe. Die Hoffnung der Friedenskräfte in der Welt richtet sich darauf, dass die US-Friedensbewegung, die Linke und die Arbeiterbewegung an diesen Konflikten erstarken mögen und einen Entwurf für eine solidarische Weltordnung präsentieren, die nicht mehr imperial ist. ★

### NEIN zum Krieg - NEIN zur NATO

- Wir lehnen militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab – sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung.
- Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und widersetzen uns einem neuen Rüstungswettlauf.
- Wir müssen die Militärausgaben reduzieren und die dadurch freiwerdenden Ressourcen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzen.
- Alle ausländischen Militärstützpunkte sind zu schließen.
- Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden.
- Wir müssen die Beziehungen zwischen den Völkern demokratisieren und demilitarisieren und neue Formen der friedlichen Zusammenarbeit einrichten, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen.

(Aus dem Bündnisaufruf zu den Aktionen)

# Raus aus der NATO – oder rein in die Regierung?

Dazu meint die **isl**:

Die NATO war und ist ein Militärbündnis zur Aufrechterhaltung der herrschenden kapitalistischen Weltordnung. Nach dem Ende des Warschauer Pakts hat sie sich zu einem Weltpolizisten gewandelt, der sich anmaßt, weltweit gewählte Regierungen zu stürzen und fremde Länder zu besetzen, wenn dies den Interessen der hochentwickelten, d. h. viel Rohstoff verbrauchenden Industrieländer dient.

Ein solches Bündnis ist eine Bedrohung für den Weltfrieden. Doch die Friedensbewegung und die Linke sind sich nicht einig: Soll die BRD aus der NATO austreten und kann sie das überhaupt? Kann die NATO von innen geändert, kann sie in ihrer strategischen Ausrichtung zivilisiert und «überwunden» werden? Wie wird die NATO überflüssig oder aufgelöst?

Diejenigen, die auf eine Reform der NATO setzen, vergessen gern, dass zur militärischen Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltordnung auch die Beibehaltung einer Rangordnung innerhalb der kapitalistischen Großmächte gehört. Die Aufgabe der NATO ist es, «die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten», wie Lord Ismay, der erste NATO-Generalsekretär, sagte.

Die NATO war und ist ein von den USA dominiertes Bündnis. Sie ist der Garant für die militärische Unangefochtenheit der USA und für deren Löwenanteil am internationalen Rüstungsgeschäft. Dagegen regt sich seit je Widerspruch seitens der Verbündeten. Doch jeder Versuch, aus der NATO-Rangordnung auszurechnen – vom Austritt Frankreichs aus dem militärischen Verband bis zu den missglückten Alleingängen der EU auf dem Balkan – ist bisher noch gescheitert.

Die derzeitigen Debatten innerhalb der EU über ihr Verhältnis zur

NATO sind deshalb auch nicht auf ein Ausscheren aus der NATO gerichtet, sondern auf eine Stärkung der EU innerhalb der NATO – auf mehr Einfluss auf die Kommandostrukturen, auf die Waffentechnologien und die Rüstungsgeschäfte. Eine andere «Bewegung von innen» gibt es in der NATO nicht.

Es ist deshalb eine naive Vorstellung, die NATO wäre reformierbar. Ihr aggressiver militärischer Charakter ist nicht irgendwie abzumildern. Wer die barbarischen Stellvertreterkriege mit NATO-Waffen und die gigantische Vergeudung von gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen durch überflüssige Rüstungsausgaben abschaffen will, **muss die NATO auflösen** und als ersten Schritt sofort alle Verträge kündigen und den Verein verlassen.

Ein solcher Schritt hätte in jedem NATO-Mitgliedstaat eine große politische Signalwirkung, und er wäre zugleich ein unmittelbar verbindendes Glied für die Friedensbewegung in allen Ländern.

Der Austritt aus der NATO ist für eine internationalistische Linke in jedem Land eine Pflicht und zugleich Gruß an die Genossinnen und Genossen in den anderen Ländern.

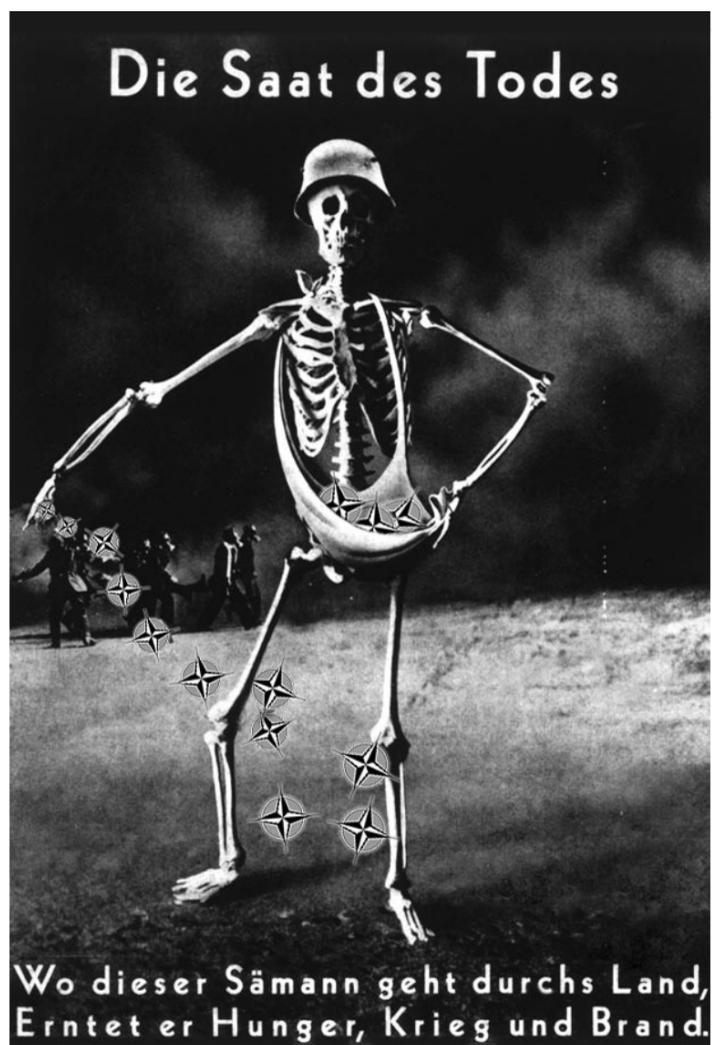
Es ist sicher richtig, dass auch die faschistische Rechte regelmäßig den Austritt aus der NATO und die Abnabelung von «amerikanischer Vorherrschaft» fordert. Aber weder wurde das für sie ein tragendes und populäres Thema, noch relativiert dies die andere bedeutende Tatsache: Der Kampf gegen die Gründung der Bundeswehr, gegen den Beitritt zur NATO, gegen die atomare Bewaffnung und gegen die Nachrüstung in den 80er Jahren war die bedeutendste politischen Mobilisierung der Linken, der Arbeiterbewegung und der Friedensbewegung.

Die gesamte tragische Geschichte der Verbürgerlichung und

Rechtsentwicklung der SPD, der Reintegration der Grünen in das politische Establishment der Republik und auch der Entpolitisierung der Gewerkschaften ist mit der Akzeptanz von Bundeswehr und NATO verbunden.

Wenn heute in der neuen LINKEN einmal mehr die Forderung nach Austritt aus der NATO und nach weiteren einseitigen Abrüs-

tungsschritten relativiert wird, wenn wieder von der Reform der NATO geschwätzt wird, dann hat auch dies nichts mit den realen Möglichkeiten zu tun, sondern nur mit der Verinnerlichung der simplen Tatsache, dass eine Linke nur dann «regierungsfähig» wird, wenn sie Ja zur NATO und Bundeswehr sagt.



## Bundeswehr auf Rekrutenfang

Früher sandte der Alte Fritz Häscher übers Land, um «lange Kerls» zu finden und zu greifen; wenn Krieg war und Not am Mann, taten's auch kürzere Kerls. Die Häscher waren gefürchtet, die Dorfbuben versteckten sich.

Heute geht die Bundeswehr an die Schulen, in die ARGEn und zieht mit einem «Karrieretruck» durch Deutschland, um auf öffentlichen Plätzen Jugendliche anzusprechen. Werbung für die Bundeswehr lässt sich die Regierung Millionen kosten.

Denn die Not am Mann ist groß: Bei Kampf- und Transportgeschwadern ist ein Viertel der Besatzung vakant, beim Sanitätsdienst sogar die Hälfte, und selbst die Elitetruppe KSK hat nicht einmal die Hälfte der 394 vorgesehenen Soldaten.

Trotz aller Werbung hat die Bundeswehr keinen guten Ruf. Die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen sinkt: 50% der Bevölkerung sind generell dagegen (bei Afgha-

nistan ist die Ablehnung höher), aber auch die Soldaten sind vom Sinn des Einsatzes nicht überzeugt: Über 70% der heutigen Berufssoldaten raten ihren Freunden und Verwandten davon ab sich zu verpflichten. Zum schlechten Image kommen die bevorstehenden geburtenschwachen Jahrgänge.

Die Bundeswehr sinnt deshalb auf Abhilfe. Arbeitslosigkeit und Hartz-Gesetze sollen ihr die jungen Männer zutreiben, die von allein nicht gekommen wären.

In 204 ARGEn finden regelmäßige Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr statt, vorwiegend in Städten mit hoher Arbeitslosigkeit. Mit der ARGE Leipzig hat die Bundeswehr einen Kooperationsvertrag geschlossen: Die Bundeswehr darf in den Räumen der ARGE und im Berufsinformationszentrum Soldaten anwerben, die ARGE weist die Jugendlichen auf die Veranstaltungen der Bundeswehr hin. Beschäftigte der ARGE werden in Bundeswehreinrichtungen für die

Beratungsgespräche mit jugendlichen Arbeitslosen geschult.

Unklar bleibt, ob den Jugendlichen Leistungskürzungen drohen, wenn sie nicht an einer Rekrutierungsveranstaltung der Bundeswehr teilnehmen. Die ARGE Leipzig jedenfalls wertet die Annahme einer «zivilen Stelle» beim Bund als zumutbar und deshalb auch sanktionierbar.

Die Bundeswehr geht auch an Schulen und Universitäten, nimmt Einfluss auf die Unterrichtsmaterialien und Schulbücher, bietet Strategiespiele an wie «Ressourcenkonflikte und Interventions-szenarien». «Friedensbewegte» Schüler werden dabei der Tatsache überführt, dass sie in bestimmten Situationen «als erste zur Gewalt greifen». So sollen ihnen die Flausen von Lichterketten und Friedensdemos ausgetrieben werden.

Seit einhalb Jahren arbeiten Erwerbslose und Antimilitaristen daran, die Werbeveranstaltungen der Bundeswehr öffentlich zu kriti-

sieren. Die Gruppen haben lokal unterschiedliche Namen, sie organisieren fantasievolle Protest- und Störaktionen und folgen der Bundeswehr an die Schulen und in die ARGEn. So manche Veranstaltung musste deshalb schon abgeblasen werden. ★



**isl**  
internationale sozialistische linke  
**Was wir wollen**

★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationalen wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Auf der Seite Palästinas – ohne wenn und aber

# «Israel muss verlieren»

Gemeinsame Erklärung britischer Autoren

Die Massaker in Gaza stellen die jüngste Phase eines Krieges dar, den Israel seit mehr als 60 Jahren gegen das palästinensische Volk führt. Das Kriegsziel hat sich nie verändert. Ziel ist es, mit Hilfe überwältigender militärischer Stärke die Palästinenser – als politische Kraft, die sich der kontinuierlichen Aneignung von (palästinensischem) Land und Ressourcen durch Israel entgegenstellt –, auszuschalten.

Der israelische Krieg gegen die Palästinenser hat Gaza und die Westbank in zwei gigantische politische Gefängnisse verwandelt. An diesem Krieg ist nichts symmetrisch – nicht die Prinzipien, nicht die Taktik, nicht die Folgen. Israel ist verantwortlich für den Ausbruch dieses Krieges und für seine Intensivierung – es wird auch verantwortlich sein für das Ende des aktuellen Abflauens der Feindseligkeiten.

Daher ist es auch nicht ausreichend, einen neuen Waffenstillstand zu fordern und weitere humanitäre Hilfen. Es ist nicht ausreichend, die Wiederaufnahme des Dialogs dringlich zu fordern und das Leid und die Sorgen beider Seiten anzuerkennen. Wenn wir an das Prinzip der «demokratischen

Selbstbestimmung» glauben, wenn wir an das Recht auf Widerstand gegen militärische Aggression und koloniale Besatzung glauben, ist es unsere Pflicht, uns für eine Seite zu entscheiden – gegen Israel und für die Menschen in Gaza und der Westbank.

Wir müssen alles tun, was uns möglich ist, damit Israel seinen Krieg nicht gewinnt. Israel muss begreifen, dass seine Sicherheit von einer friedlichen und gerechten Koexistenz mit seinen Nachbarn abhängt – und nicht vom kriminellen Einsatz von Stärke.

Wir, die Unterzeichnenden, sind der Meinung, Israel sollte seinen Angriff auf Gaza beenden – sofort und bedingungslos. Es sollte die Okkupation der Westbank beenden und alle Ansprüche auf Besitz oder Kontrolle von Gebieten jenseits seiner Grenzen von 1967 aufgeben.

Wir fordern die britische Regierung und das britische Volk dazu auf, jeden gangbaren Schritt zu unternehmen, um Israel dazu zu bringen, diesen Forderungen Folge zu leisten. Ein gründliches Programm des Boykotts, der Sanktionen und des Disinvestments sollte den Anfang machen.

**Unter anderem unterzeichnet von:**  
*Gilbert Achcar*, Institut für orientalische und afrikanische Studien, London

*Professor Etienne Balibar*, Birkbeck-Institut für Humanwissenschaften, London

*Alex Callinicos*, Kings College, London

*Eric Hobsbawm*, Birkbeck-Institut für Humanwissenschaften, London

*Stathis Kouvelakis*, Kings College, London

*Ernesto Laclau*, Professor für politische Theorie

*Ken Loach*, Filmemacher

*Moshé Machover*, Mitbegründer der Israelischen Sozialistischen Organisation Matzpen

*China Miéville*, Fantasy- und Science-Fiction-Autor

*Ilan Pappé*, Historiker

*Alfredo Saad Filho*, Institut für orientalische und afrikanische Studien, London

*Slavoj Žižek*, Philosoph, Birkbeck-Institut für Humanwissenschaften, London

Die Erklärung wurde am 17.1.2009 in der britischen Tageszeitung *The Guardian* veröffentlicht.

## Ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern für Gaza Die Blockade beenden

Vor mehr als einem Jahr erklärte die Besatzungsmacht Israel den Gazastreifen zum «feindlichen Gebiet» und riegelte ihn hermetisch ab. Die Folge: Das Wirtschaftsleben kollabiert. Schwerkranken wird notwendige Behandlung verweigert, die sie nur außerhalb Gazas erhalten können. Den Krankenhäusern gehen elementare medizinische Bedarfsgüter aus. Etwa 700 Studierende aus Gaza können nicht an ihre Universitäten im Ausland reisen.

Die Bombardierung des Gazastreifens und der militärische Einmarsch durch Israel seit dem 27. Dezember 2008 sind die Fortsetzung dieser Blockadepolitik. Dieses vor den Augen der Weltöffentlichkeit begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde erst vor wenigen Wochen durch den UN-Berichtersteller für die Menschenrechte in den besetzten Gebieten, den US-Amerikaner Richard Falk, erneut festgestellt.

Insbesondere US- und EU-Regierungen lassen die Blockade kommentarlos zu. Sie unterstützen faktisch diese eklatante Verletzung der völkerrechtlich bindenden Genfer Konventionen, nach denen Kollektivbestrafung der Zivilbevölkerung strikt verboten ist.

Ein Friedensbündnis aus IPPNW, Jüdischer Stimme, der Palästinensischen Gemeinde, der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft und Pax Christi will ein Schiff mit Hilfsgütern nach Gaza entsenden. Mit der Aktion protestiert das Bündnis gegen die andauernde Blockade des Gazastreifens. Die Aktion wird außerdem unterstützt von:

Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Bundestags; Rolf Verleger, ehemaliger Vorsitzender des Landesverbands Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein; Rolf Becker, Ver.di Hamburg, FB Medien; Bernhard Dinkelaker, Generalsekretär des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland

**Kontakt:** kontakt@freegaza.de · www.freegaza.de



## Sommerschule der isl 2009

### Weltwirtschaftskrise – Ursache und Folgen

Donnerstag, 16. Juli – Sonntag, 19. Juli 2009

#### Geplante Inhalte u.a.:

- Analyse der Krisenprozesse
- Vergesellschaftung der Banken und Versicherungen
- ökologischer Umbau des Verkehrswesens
- Arbeiterkontrolle und Arbeiterselbstverwaltung

**Ort:** Naturfreundehaus Steinberg, Am Großen Steinberg, 34346 Hannoversch Münden

**Anmeldung und weitere Informationen:**  
sommerschule@islinke.de

INPREKORR ist eine Zeitschrift mit vielen Informationen und Analysen, die nirgends sonst zu lesen sind – eine marxistische Zeitschrift, in der eine entschieden internationalistische, antikapitalistische und antibürokratische Politik zum Ausdruck kommt.

INPREKORR – Internationale Pressekorrespondenz – ist das Organ der IV. Internationale in deutscher Sprache.

INPREKORR bringt Informationen und Analysen aus erster Hand über die Arbeiterbewegung, soziale Bewegungen, sozialistische Alternativen, Debatten in der radikalen Linken, Feminismus, Ökologie, Fortschritte und Rückschläge von emanzipatorischen Kämpfen... Hier schreiben politisch Aktive über Aktivitäten und aus Erfahrungen in ihren Ländern.

# INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

#### Wir schlagen Brücken

Inprekorr erscheint alle zwei Monate, ein Heft kostet 4 €  
Probeabo (3 Ausgaben) 10 € – Jahresabo (sechs Hefte) 20 €  
ermäßigtes Abo 12 €  
Bestellungen an:  
Inprekorr, Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum  
vertneb@inprekorr.de  
Internet: <http://inprekorr.de>

**isl**  
**internationale sozialistische linke**

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
isl@islinke.de · www.islinke.de

**Berlin** berlin@islinke.de **Bielefeld** bielefeld@islinke.de **Bremen** bremen@islinke.de **Dortmund** dortmund@islinke.de **Duisburg** duisburg@islinke.de **Düsseldorf** duesseldorf@islinke.de **Frankfurt am Main** frankfurt@islinke.de **Göttingen** goettingen@islinke.de **Hamburg** hamburg@islinke.de **Kassel** kassel@islinke.de **Köln** koeln@islinke.de **München** muenchen@islinke.de **Oldenburg/O.** oldenburg@islinke.de **Ruhrgebiet** ruhrgebiet@islinke.de **Schwäbisch Hall** schwaebisch-hall@islinke.de **Stuttgart** stuttgart@islinke.de

#### IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken/IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein  
Satz/Layout: Hans-Günter Mull  
Bestelladresse für WiederverteilerInnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):  
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

**SoZ** Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

**Probeausgabe** kostenlos

**Probeabo** (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

**SoZ-Verlag** · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-verlag.de